



Leserservice 0800 - 22 24 22 0
Private Kleinanzeigen 0800 - 22 24 22 1
Zentrale 07 61 - 496 - 0
Internet www.badische-zeitung.de

Ausgabenkennung · Mittwoch, 17. November 2021

Nr. 321/46 - 76. Jahrgang
Montag - Freitag: € 2,30
Samstag: € 2,50

BZ • medien

Im Land gelten jetzt Alarmstufe und 2G

Beschränkungen für Ungeimpfte

STUTTGART (AFP). In Baden-Württemberg gilt von diesem Mittwoch an die Corona-Alarmstufe. Ungeimpfte dürfen sich nur noch mit einem anderen Haushalt privat treffen, sagt Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) am Dienstag. Den öffentlichen Raum, Restaurants, Konzerte oder auch den Einzelhandel dürfen nur noch Geimpfte und Genesene nutzen; Läden der Grundversorgung sind davon ausgenommen. Weihnachtsmärkte sollen unter kontrollierten 2G-Regeln stattfinden. Die Alarmstufe gilt im Land, wenn 390 an Covid-19 erkrankte Patienten auf den Intensivstationen liegen oder die Sieben-Tage-Hospitalisierungsinzidenz den Wert von zwölf überschreitet.

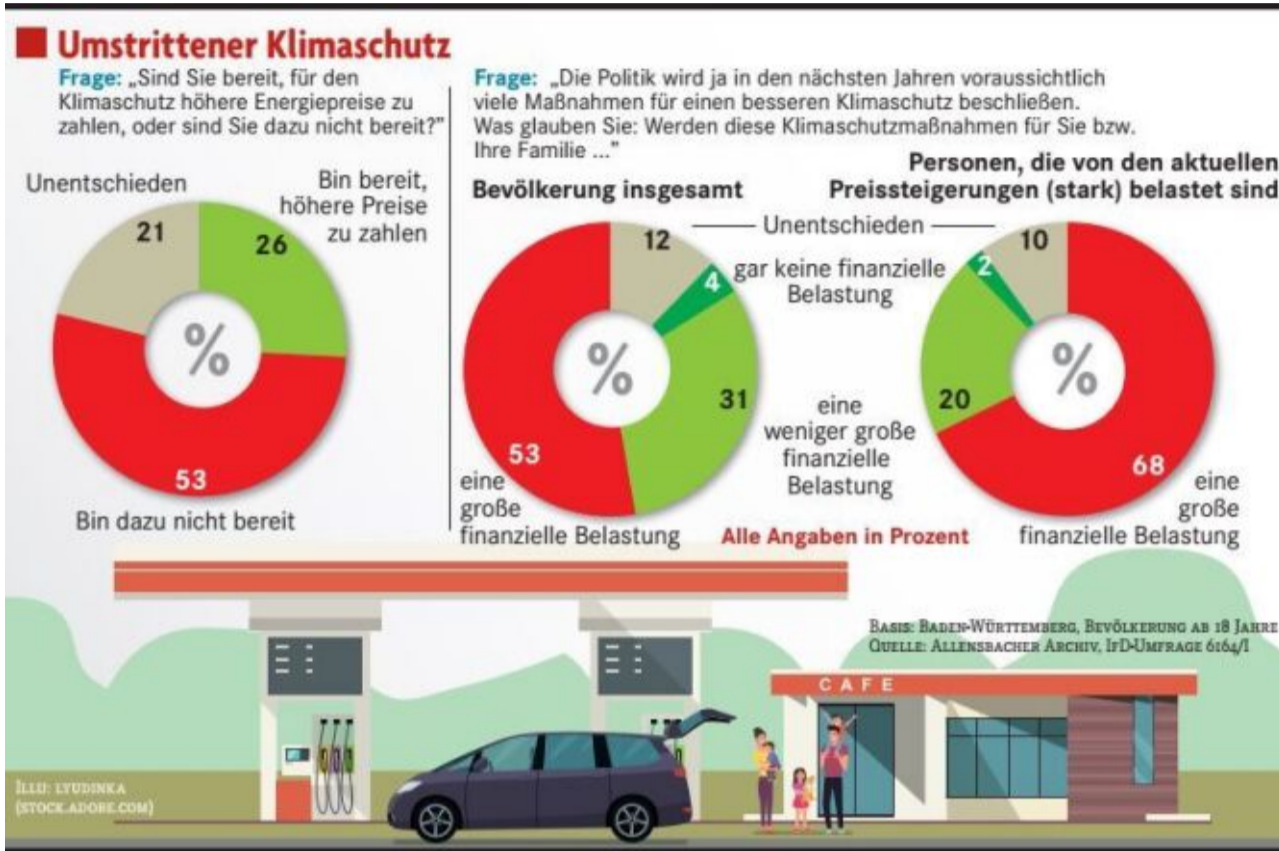
Kretschmann sagte, man habe Stand heute keine allgemeinen Lockdowns vor und halte erstmal an den Maßnahmen unter der 2G-Regel fest. „Aber ausschließen kann man wirklich nichts.“ Er und Gesundheitsminister Manfred Lucha (Grüne) sprachen sich erneut für eine Impfpflicht im Pflegebereich aus.

Derweil wies der baden-württembergische Verwaltungsgerichtshof in Mannheim einen Eilantrag gegen die Warn- und Alarmstufen ab. Eine Klägerin hatte sich gegen die Einschränkungen für Ungeimpfte beim Besuch öffentlicher Veranstaltungen gewandt. Das Gericht entschied, diese Maßnahmen seien nicht zu beanstanden. Die Zutrittsverbote könnten dazu beitragen, das Infektionsrisiko zu reduzieren. *Seiten 4 und 5*

▶ Eine Übersicht über alle Regelungen gibt's auf mehr.bz/alarmstufewb

Ampel-Parteien: Nächste Woche liegt Vertrag vor

BERLIN (dpa). Die mögliche künftige Ampel-Koalition hält am Plan fest, in der kommenden Woche einen Koalitionsvertrag vorlegen zu wollen. Das teilte Grünen-Bundesgeschäftsführer Michael Keller am Dienstag mit. Seit Montag hätten die Hauptverhandler von SPD, Grünen und FDP die Ergebnisse der Arbeitsgruppen in sehr guter, konstruktiver und gründlicher Atmosphäre beraten. *Seite 6*



Die Mehrheit will nicht für mehr Klimaschutz bezahlen

Umfrage der Tageszeitungen: Viele Bürger meinen, dass sie schon lange sehr viel für Energie ausgeben

Von Ronny Gert Bürckholdt (Text) und Josef Dresemann (Grafiken)

FREIBURG. Obwohl sich eine Mehrheit der Menschen im Land in Umfragen allgemein für mehr Klimaschutz ausspricht, ist nur eine Minderheit bereit, dafür an der Zapfsäule oder per Stromrechnung mehr Geld auszugeben. Das geht aus einer repräsentativen Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach im Auftrag der baden-württembergischen Zeitungsverlage hervor.

Der BaWü-Check zeigt: Nur ein Viertel der Menschen im Südwesten zeigt sich bereit, für mehr Klimaschutz höhere Preise für Heizen oder fürs Autofahren zu zahlen (siehe Grafik). 53 Prozent der Bürger lehnen das demnach ausdrücklich ab. Die Forscher schreiben: „Das hat ganz

wesentlich damit zu tun, dass die Bevölkerung bereits heute davon ausgeht, dass die Energiepreise in Deutschland sehr hoch sind und sie somit ihren Beitrag seit Jahren leistet.“ Tatsächlich hatte eine Analyse der Verbraucherportals Verivox



unter 145 Staaten ergeben, dass die Stromkunden nirgends mehr bezahlen. Die Umfrage verdeutlicht auch die soziale Frage des Klimaschutzes. Von den jüngsten Preissteigerungen fühlten sich

53 Prozent der Gesamtbevölkerung stark belastet; bei den Menschen mit einem Haushaltsnettoeinkommen von unter 2000 Euro seien es 75 Prozent. Und wer sich heute bereits stark finanziell beansprucht sehe, fürchte umso mehr steigende Energiepreise in der Zukunft.

Der aktuelle BaWü-Check beschäftigt sich auch mit dem Ergebnis der Bundestagswahl Ende September. Gerade ein gutes Drittel der Menschen zeigt sich damit zufrieden. Die nächste Bundesregierung soll in den Augen der Bürger vor allem soziale Themen angehen wie ein stabiles Rentensystem und bezahlbare Mieten. Der Klimaschutz ist den Menschen zwar auch wichtig, aber weniger wichtig als das Soziale. Eine klare Mehrheit spricht sich zudem gegen das Ende des Verbrennungsmotors im Jahr 2030 aus, vor allem die Menschen in den ländlich geprägten Regionen. *Tagesspiegel und Seite 2*

TAGESSPIEGEL

Klimaschutz Die Akzeptanz ist in Gefahr

Von Klaus Rixinger

Der aktuelle BaWü-Check des Allensbach-Instituts birgt Sprengstoff für die künftige Ampelkoalition: Zwar spricht sich in der Umfrage eine Mehrheit der Bevölkerung für mehr Umwelt- und Klimaschutz aus, doch viele Menschen – insbesondere mit unterdurchschnittlichem Einkommen – sind nicht bereit, dafür höhere Energiepreise zu zahlen. Wer hier bloßen Egoismus oder Ignoranz erkennen will, der greift zu kurz. Pandemiebedingt hatten die Ölpreise 2020 einen Tiefstand erreicht, die wieder anspringende Konjunktur und die zum 1. Januar eingeführte CO₂-Abgabe haben die Preise dann fast übergangslos in die Höhe schnellen lassen. Pendler und andere Menschen, die auf das Auto angewiesen sind, mussten diesen Preisschock erstmal verdauen. Gleiches gilt für Heizöl. Die Weitergabe der gestiegenen Gas- und Strompreise haben die ersten Energieversorger angekündigt. Hinzu kommen Preissteigerungen für Lebensmittel, hohe Mieten in Ballungsräumen sind ohnehin ein Dauerbrenner. Für die Akzeptanz der Klimapolitik verheißt die Umfrage nichts Gutes. Die künftige Bundesregierung wird die unbestritten notwendigen Schritte beim Klimaschutz gut erklären und noch mehr auf soziale Ausgewogenheit achten müssen. Sonst ist es um die Geschlossenheit der Gesellschaft geschehen und der Klimaschutz fliegt den Ampelkoalitionen um die Ohren. rixinger@badische-zeitung.de

Das Wetter

Meist trüb, örtlich etwas Regen oder Niesel. Um 8 Grad.



Wetterbericht, Seite ???

Die Börse in Kürze

16.11.2021

DAX	Dow Jones	Euro
16247,86	36262,70	1,1368 \$
+ 0,61 %	+ 0,49 % / 20:20 Uhr	- 0,66 %

Börsenkurse und Wirtschaft, Seite ???

UNTERM STRICH



Folge dem Brathähnchenduft

Wie eine Berliner Familie Spuren für ihren vermissten Hund legt / Von Martina Philipp

In Berlin wird Oskar verzweifelt gesucht. Oskar, Jack Russell Terrier, seit sieben Jahren Mitglied der Familie Brandts, war am 9. September für höchstens vier Minuten vor einer Drogerie angeleint. Dann war er weg, entführt von einem 12-jährigen Wiederholungstäter, wie man heute weiß, und wieder freigelassen. Die Brandts lassen nichts unversucht, loben einen Finderlohn von 5000 Euro aus. Vor wenigen Tagen eine erste Spur: Eine Frau will Oskar im Stadtteil Prenzlauer Berg gesehen haben. Ein offensichtlich sehr erfahrener Spürhund nimmt kurz darauf die Fährte von Oskar auf. Und nun?

Um dem mutmaßlich frei herumlaufenden Oskar die Heimkehr zu erleichtern,

hat Friederike Brandts laut der Nachrichtenagentur dpa Duftspuren gelegt. Sie habe ein T-Shirt von sich auf bestimmten Wegen an einem Band auf dem Boden entlanggezogen, außerdem habe sie sein Lieblingsfutter mit Wasser vermischt und auf die Wege gesprüht. „Und ich habe tatsächlich auch ein Brathähnchen vom Händler unseres Vertrauens an einem Band auf dem Weg langegezogen“, erzählt Brandts. Sie hoffe sehr, dass sie Oskar wiederfinden: „Dann ist die Familie wieder im Lot.“ Da hofft man natürlich sehr mit.

Und kommt ins Nachdenken. So ein potentes Riechorgan kann schon praktisch sein. Was wäre, wenn wir Menschen auch so eines hätten? Verirren im

Maisfeld oder in Mailand wäre praktisch ausgeschlossen. Man könnte – ohne auf den Sonnenstand oder irgendein Navi starren zu müssen – einfach einen Kapuzenpulli des Liebsten hinter sich her schleifen und wäre auf dem Rückweg – selbig schnüffelnd – auf der sicheren Seite. Kein Mensch müsste mehr desorientiert nach Hause wandern, sondern könnte einfach der Pommesspur folgen, die er auf dem Hinweg präventiv gelegt hat.

Es ist interessant, sich zu überlegen, welchem Duft man in welcher Lebenslage am liebsten entlang schnüffeln würde. Würde der Duft frisch gebackener Zimtsterne den vielgetragenen Kapuzenpulli des Liebsten schlagen? Niemals.

Zertifizierung von Nord Stream 2 ausgesetzt

BONN (AFP). Der Zeitplan für die Inbetriebnahme der umstrittenen Ostsee-Pipeline Nord Stream 2 dürfte sich verzögern: Die Bundesnetzagentur hat am Dienstag das dafür notwendige Zertifizierungsverfahren vorläufig ausgesetzt. Grund dafür ist, dass der Betreiber nach deutschem Recht organisiert sein muss, was bislang noch aussteht. Eigentlich sollte die im September fertiggestellte Gaspipeline noch in diesem Jahr an den Start gehen. Die Zertifizierung durch die deutschen Behörden ist aber Voraussetzung dafür. *Wirtschaft, Seite ???*

Kultur
Fernsehprogramm
Sport
Kreuzworträtsel

Seite ???
Seite ???
Seite ???
Seite ???

Ausgabenkennung



4 197357 202303